

Veröffentlichung: ja

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 18.03.2015

3. Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze (5. SGB IV-ÄndG);

hier: Gemeinsame Grundsätze für Bestandsprüfungen nach § 28b Abs. 1 Nr. 5 SGB IV

---

Nach § 98 Abs. 2 SGB IV haben Einzugsstellen und auch alle anderen Empfänger von Daten der Arbeitgeber (z. B. Rentenversicherungsträger, Versorgungseinrichtungen) ab dem 01.01.2016 sogenannte Bestandsprüfungen durchzuführen. Soweit die Meldung des Arbeitgebers nicht mit den Bestandsdaten des einzelnen Trägers übereinstimmt, ist die Meldung zurückzuweisen. Die Bestandsprüfungen sind in „Gemeinsamen Grundsätzen für Bestandsprüfungen“ zu beschreiben (§ 28b Abs. 1 Nr. 5 SGB IV). Die genannten Bestandsprüfungen beziehen sich hierbei auf alle elektronischen Verfahren mit den Arbeitgebern.

Die konzeptionelle Umsetzung dieser Gemeinsamen Grundsätze erfolgt in einer temporären Arbeitsgruppe „AG Bestandsprüfungen“, die sich aus Vertretern der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung und der Arbeitsgemeinschaft der berufsständischen Versorgungseinrichtungen zusammensetzt. Als erster Sitzungstermin wird der 18.05.2015 festgelegt. Die Sitzung findet beim GKV-Spitzenverband in Berlin statt und wird um 10:00 Uhr beginnen.

Ziel ist es, bis zur nächsten Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 24./25.06.2015 die Inhalte und Anlagen der Gemeinsamen Grundsätze für Bestandsprüfungen nach § 28b Abs. 1 Nr. 5 SGB IV in der Fassung ab dem 01.01.2016 final zu beschreiben.

- unbesetzt -